

Ribbeck-Lampel, Juliane; Nettelblatt, Gala:

**Eine Aufgabe, verschiedene Vorgehensweisen: Die
Landesstrukturentwicklungsgesellschaften
in den deutschen Braunkohlerevieren im Vergleich**

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-1171034>

In:

Finger, Anne; Badelt, Ole; Dahmen, Kathleen; Heilen, Lydia; Mai, Nora;
Seegers, Ronja; Seewald, Eva; Śnieg, Filip; Wiemer, Leonie (Hrsg.) (2024):
Transformationsprozesse in Stadt und Land – Erkenntnisse, Strategien und
Zukunftsperspektiven.

Hannover, 12-38. = Forschungsberichte der ARL 23.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-11713>



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Juliane Ribbeck-Lampel, Gala Nettelblatt

EINE AUFGABE, VERSCHIEDENE VORGEHENSWEISEN: DIE LANDESSTRUKTURENTWICKLUNGSGESELLSCHAFTEN IN DEN DEUTSCHEN BRAUNKOHLEREVIEREN IM VERGLEICH

Gliederung

- 1 Einleitung
 - 2 Landesstrukturentwicklungsgesellschaften aus Perspektive der Mehrebenen-Governance
 - 3 Landesstrukturentwicklungsgesellschaften im Vergleich
 - 3.1 Rheinisches Revier
 - 3.1.1 Zukunftsagentur Rheinisches Revier
 - 3.2 Mitteldeutsches Revier
 - 3.2.1 Innovationsregion Mitteldeutschland
 - 3.3 Lausitzer Revier
 - 3.3.1 Brandenburg: Wirtschaftsregion Lausitz
 - 3.3.2 Sachsen: Sächsische Agentur für Strukturentwicklung
 - 4 Fazit und Synthese
- Literatur

Kurzfassung

Mit dem Inkrafttreten des Investitionsgesetzes Kohleregionen im August 2020 und dem (spätestens) damit beschlossenen Braunkohleausstieg wurde den Braunkohlerevieren in Deutschland eine herausgehobene Bedeutung innerhalb des Transformationsprozesses hin zu mehr Klimaschutz, modernen Wirtschaftsstrukturen und der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse übertragen. Das Rheinische, das Mitteldeutsche und das Lausitzer Revier, als administrative Raumabgrenzungen des braunkohlebedingten Strukturwandels, stehen zwar vor ähnlichen Herausforderungen, die jeweiligen Ausgangssituationen unterscheiden sich jedoch stark. Dies bezieht sich nicht nur auf räumliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte, sondern auch auf die Akteursstrukturen, die den Transformationsprozess maßgeblich begleiten und gestalten.

Der vorliegende Beitrag analysiert die Akteurskonstellationen in den drei deutschen Braunkohlerevieren und deren institutionelle Anbindung im politischen Mehrebenen-System. Dazu wird eine Governance-Perspektive eingenommen, die sich auf die Handlungskoordination und Entscheidungsfindungsprozesse, an denen staatliche, private und zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt sind, fokussiert. Die vergleichende Analyse zielt darauf ab, die implementierten und zum Teil gewachsenen Governance-Strukturen in den Revieren systematisch darzustellen und damit zugleich die Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Ausgangspunkt bilden die Landesstrukturentwicklungsgesellschaften und ihre Einordnung in die Governance-Strukturen in

den Braunkohlerevieren. Die Gegenüberstellung bringt hervor, dass die Governance-Strukturen

- > in den Revieren stark auf historisch gewachsene Akteurs- und Entscheidungsstrukturen zurückgehen,
- > maßgeblich vom Einfluss der jeweils zuständigen Landespolitik geprägt sind,
- > flexibel an Entwicklungen angepasst werden und
- > zugleich auf die sehr individuellen Verständnisse gegenüber dem Strukturwandel im Revier abgestellt sind.

Schlüsselwörter

Governance-Struktur – Strukturwandel – Braunkohlerevier – Landesstrukturentwicklungsgesellschaft – Kohleausstieg

Same task, different approaches: Comparing the governance of structural change in German regions affected by the coal phase-out

Abstract

With the Coal Regions Investment Act in August 2020, and the concomitant decision to phase out coal, the affected regions were given special attention in the transformation towards more climate protection, a modern economy and the creation of equal living conditions. These regions include the Rhenish and Central German mining areas as well as the one in Lusatia. As the administrative boundaries of structural change, they all face similar challenges, while shaped by great context-based differences. These differences not only encompass spatial and socio-economic aspects, but also the landscape of local actors involved in the transformation process, which significantly impact the transformation process.

This article analyses these actor constellations and their institutional embeddedness in the multi-level governance of Germany's coal-phase out. Thus, taking a governance lens, it focuses on the coordination and decision-making processes in which actors from the realms of the state, the private sector and civil society are involved. Presenting a comparative analysis, our aim is to present a systematic overview of new and historically grown governance structures with respect to similarities and differences in the three regions affected by the coal phase-out. Starting point for our inquiry are the state-owned structural development companies (*Landesstrukturentwicklungsgesellschaften*), in charge of coordinating the activities and cooperation between actors in the transformation process.

Placing these companies within the broader governance structure of structural change in Germany, the comparative analysis reveals that:

- > The respective governance models are highly path-dependent, going back to historically grown actor and decision making processes.

- > They are significantly shaped by the political influence of decision makers at the *Länder* (federal states) level.
- > They are flexibly adapted according to present developments.
- > They are based on individual understandings of structural change in the regions.

Keywords

Governance – structural change – lignite areas – federal states – Germany – coal phase out

1 Einleitung

Der energiepolitisch initiierte Strukturwandel in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich in allen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Themenbereichen niederschlägt und trotz konkreter Ausstiegsdaten eine Jahrhundertaufgabe darstellt (WSB 2019: 104). Der Strukturwandel fokussiert sich in der Bundesrepublik maßgeblich auf drei Braunkohlereviere: das Rheinische, das Mitteldeutsche und das Lausitzer Revier, auch wenn der damit einhergehende Transformationsprozess weit über die räumlichen Reviergrenzen hinaus wirksam wird. Diese räumliche Aufgliederung ist in mehrfacher Hinsicht relevant und interessant zugleich, da die drei Reviere aus grundlegend unterschiedlichen Ausgangssituationen in den Strukturwandel eingetreten sind und auch entsprechend verschiedenartige Herangehensweisen und Akteursstrukturen gewählt haben (Gailing 2015: 7). Diesen „Interpretationsspielraum“ eröffnet das Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG)¹, indem es zwar drei Akteursgruppen adressiert, die im politischen Sinne in die Verantwortung genommen werden (Bund, Länder und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände), zugleich aber keine Vorgaben zur Ausgestaltung der Beziehungen und Verfahren trifft.

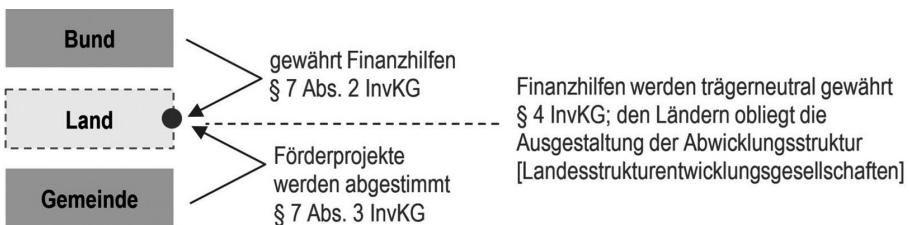


Abb. 1: Abwicklungsstruktur des InvKG zwischen Bund, Ländern und Gemeinden /
Quelle: Eigene Darstellung

Der Bund gewährt den Ländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, dem Freistaat Sachsen sowie Sachsen-Anhalt Finanzhilfen zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums Finanzhilfen im Rah-

¹ Investitionsgesetz Kohleregionen vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1795).

men des Strukturwandels (Abb. 1). Zu welchem konkreten Zweck die Mittel eingesetzt werden sowie die Ausgestaltung der Entscheidungs- und Auswahlprozesse obliegt den Ländern, die unter enger Einbeziehung der betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände die Auswahl der Investitionsvorhaben vornehmen. Die infrage kommenden Gemeinden und Gemeindeverbände sind all jene, die nach § 2 InvKG als Fördergebiete (im Weiteren als Braunkohlereviere bezeichnet) abgegrenzt sind.

Strukturwandel als Mehrebenen-Governance-Prozess

So weit lässt sich die Idealstruktur entsprechend dem Gesetz skizzieren. Dem Transformationsprozess in den Braunkohlerevieren liegt damit ein Verständnis zugrunde, das den Strukturwandel als einen Mehrebenen-Governance-Prozess begreift (Reitzenstein/Popp/Oei et al. 2021; Kolde/Wagner 2021; Gailing 2018; Mayntz/Scharpf 1995).

Zwei Jahre nach Inkrafttreten des InvKG werden jedoch die kritischen Stimmen in Bezug auf die Governance-Strukturen im Strukturwandel lauter. Der „Informations- und Initiativkreis Braunkohlenregionen“ der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft zieht eine nüchterne Bilanz hinsichtlich des Zusammenwirkens der Ebenen: innerhalb des „abstrakt tragfähigen Konstrukts“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen sei das „Zusammenspiel der Ebenen teilweise noch stark ausbaufähig“ (ARL 2022: 22). Mit Blick auf die kommunale Ebene wird die Tendenz einer „Verbürokratisierung“ von Prozessen in Kopplung mit einem zu wenig ausgeprägten „Gegenstromprinzip“ zwischen den Ebenen angeführt, was zur fehlenden Verzahnung führe und sich insbesondere in der Projektentwicklung und Umsetzung zeige (ARL 2022: 11). Darüber hinaus mahnen Beiträge aus Politikwissenschaft und Nachhaltigkeitsforschung an, die Schnittstelle zwischen den Akteuren dringend zu stärken, um die Responsivität der Strukturwandelpolitik auch gegenüber der Zivilgesellschaft konsequent zu erhöhen und zugleich einen Austausch zu schaffen (Heer 2020; Herberg/Kamlage/Gabler et al. 2020).

In diesem Sinne spricht auch der Beirat für Raumentwicklung die Empfehlung aus, „neue Koordinierungsmechanismen in vertikaler wie horizontaler Hinsicht im Sinne einer Fortentwicklung der Regionalen Governance im Mehrebenen-System [...] zu entwickeln“ (BMI 2021: 11). Begründet wird dies mit der strukturellen Herausforderung, dass die Initiierung und Finanzierung des Braunkohleausstiegs auf Ebene des Bundes liegt, die Umsetzungs- und Steuerungskompetenz jedoch auf Ebene der Länder respektive in den Bereich der Regionalentwicklungspolitik entfällt und somit Wirksamkeit vor Ort entfaltet (BMI 2021: 11).

Landesstrukturentwicklungsgesellschaften als Schnittstellen im Strukturwandel

In den Braunkohlerevieren wurden mit den sog. Landesstrukturentwicklungsgesellschaften jeweils eigene Institutionen etabliert, die zur Steuerung, Unterstützung und Kooperation der Akteure im Strukturwandel beitragen sollen (Abb. 2).

Diese Institutionen bilden die Schnittstelle zwischen unterschiedlichen Strukturwandelakteuren und sind somit ein essentieller Teil der Governance: zum einen auf horizontaler Ebene, indem sie Entscheidungsfindungsprozesse zwischen staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren koordinieren und in Ent-

scheidungsfindungsprozessen verwoben sind, zum anderen sind sie vertikal in die Governance-Struktur des Kohleausstiegs zwischen Bund, Ländern und Kommunen eingebunden. Entsprechend den individuellen Ausgangslagen in den Revieren sind auch die akteursbezogenen Herangehensweisen und damit die Strukturentwicklungsgesellschaften unterschiedlich aufgestellt.



Abb. 2: Landesstrukturentwicklungsgesellschaften als Schnittstellenakteure in der vertikalen und horizontalen Governance / Quelle: Eigene Darstellung

Betrachtungslücke und Ziel der Untersuchung

Der herausgehobenen Bedeutung dieser Institutionen ungeachtet liegen bisher wenige Analysen vor, die diese empirisch und komparativ betrachten bzw. alle drei Reviere einbeziehen und umfassen (Herberg/Kamlage/Gabler et al. 2020; Vallentin/Wehnert/Schüle et al. 2016). Letzteres erscheint allerdings aufgrund der heterogenen Ausgangslagen und Herangehensweisen in den Revieren als unabdingbar, um die politische Steuerung der räumlichen Transformation im Rahmen des Kohleausstiegs transparent nachvollziehen zu können. Der vorliegende Beitrag zielt darauf ab, die implementierten und zum Teil gewachsenen Landesstrukturentwicklungsgesellschaften in den Braunkohlerevieren systematisch darzustellen (strukturell-administrativer Aufbau sowie Einbindung) und zu vergleichen.

Für den Vergleich sind folgende Fragestellungen untersuchungsleitend:

- > Wie sind die Landesstrukturentwicklungsgesellschaften strukturell aufgebaut und eingebunden? Welche Funktionen und Aufgaben übernehmen sie?
- > Welche Schnittstellen und Mitwirkungsbeziehungen bieten sie für und gegenüber anderen Akteuren im Strukturwandel?
- > Welche revierspezifischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten bestehen zwischen den Landesstrukturentwicklungsgesellschaften?

Vorgehensweise und Methodik

Der Vergleich basiert auf einem mehrstufigen Vorgehen. Im ersten Schritt werden ausschließlich öffentlich zugängliche Print- und Online-Medien zu den Landesstrukturentwicklungsgesellschaften genutzt. Ausgangspunkt der Recherche sind jeweils die

Websites der Länder im Braunkohlestrukturwandel sowie die Internetpräsenz der jeweiligen Braunkohlereviere. Darauf aufbauend werden mithilfe von Dokumenten- und Desktopanalysen sowie Akteursmapping die Vergleichsebenen zu den einzelnen Revieren herausgearbeitet und gegenübergestellt. Diese Vorgehensweise ermöglicht eine freie Nachvollziehbarkeit der Prozesse.

2 Landesstrukturentwicklungsgesellschaften aus Perspektive der Mehrebenen-Governance

Die Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist als Mehrebenen-Governance gestaltet, indem sie zum einen transnationale, nationale, regionale und lokale Akteure in politischen Prozessen vertikal verbindet und zum anderen das horizontale Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren bedingt (Gailing 2015). Des Weiteren liegt die Energiewende quer zu Ressortgrenzen, was die Notwendigkeit einer horizontalen Koordination verstärkt (Mayntz 2009; Reitzenstein/Popp/Oei et al. 2021; Kolde/Wagner 2021; Gailing 2018). Dem folgend liegt der Untersuchung ein breites Verständnis des Governance-Begriffs zugrunde, der die Handlungskoordination von privaten, staatlichen und zivilgesellschaftlichen kollektiven Akteuren mit dem Ziel des Managements von öffentlichen Angelegenheiten umfasst (Heinelt 2004; Raco 2020; Altrock 2012; Mayntz/Scharpf 1995). Es handelt sich demnach um „einen Prozess, der öffentliche und private Interessen koordiniert. Governance bezieht sich auf den Prozess, durch den lokale staatliche Akteure in Abstimmung mit privaten Interessen versuchen, kollektive Ziele voranzubringen“ (Pierre 2005: 452; Da Cruz/Rode/McQuarrie 2019). Dementsprechend bestehen zahlreiche Möglichkeiten, wie Individuen und Institutionen (öffentliche und private) öffentliche Angelegenheiten planen und verwalten. Dabei sind sowohl formelle Institutionen als auch informelle Vereinbarungen inkludiert. Der Prozess kann sowohl auf Konsens als auch auf Konflikt beruhen.

Mit dem klaren Untersuchungsschwerpunkt auf die Landesstrukturentwicklungsgesellschaften wird zugleich eine spezifische Form des Governance-Ansatzes in den Fokus gerückt: der Akteurzentrierte Institutionalismus (AZI). Dieser Ansatz nach Mayntz und Scharpf dient als flexible Forschungsheuristik zur Analyse von Governance-Arrangements verschiedener gesellschaftlicher Teilbereiche (Mayntz/Scharpf 1995). AZI eignet sich daher in besonderer Form für die Analyse der Institutionen und Akteursarchitekturen in den Braunkohlereviere und zum besseren Verständnis der im Zusammenhang mit dem Strukturwandel entstehenden Kooperationen (Kolde/Wagner 2021). Ein zentrales Unterscheidungsmerkmal des AZI liegt zwischen korporativen und kollektiven Akteuren. Korporative Akteure zeichnen sich dadurch aus, dass sie über zentralisierte Handlungsressourcen verfügen, die jedoch den individuellen Mitgliedern nicht zustehen. Zu diesen gehören beispielsweise Parteien oder Ministerien, die Entscheidungen unabhängig von ihren Mitgliedern bzw. Wählerinnen und Wählern mittels hierarchischer bzw. majoritärer Weisungsbefugnis treffen. Kollektive Akteure zeichnet wiederum gemeinsames Handeln aus, das in der Regel ohne formale Organisation ausgeführt wird. Zumeist setzen sie sich aus Mitgliedern und deren ausgehandelten, kollektiven Interessen zusammen, wie das beispielsweise in Vereinen der Fall ist.

Unabhängig von dieser theoretischen Abgrenzungsmöglichkeit lassen sich häufig empirische Mischformen zwischen den einzelnen analytischen Typisierungen erkennen: So können z. B. mehrere korporative Akteure einen kollektiven Akteur bilden oder soziale Bewegungen unter bestimmten Bedingungen organisierte Strukturen ausbilden (Scharpf 2000: 106). Dieses Verständnis gegenüber korporativen und kollektiven Akteuren beziehungsweise daraus hervorgehenden Mischtypologien wird im Weiteren für die Analyse der Landesstrukturentwicklungsgesellschaften zugrunde gelegt.

Braunkohlereviere als „neue“ administrative Raumeinheit

Das Erfordernis, die Landesstrukturentwicklungsgesellschaften als breite Mischform einer Akteurstypologie zu verstehen, ist auf die jeweilige Genese und Grundstruktur der drei Braunkohlereviere (das Rheinische, das Mitteldeutsche und das Lausitzer Revier) zurückzuführen (vgl. Abb. 3 sowie Tab. 1).

Den Revieren ist gemein, dass ihre räumliche Abgrenzung politisch intendiert ist und sie als neue Raum- und Struktureinheit in etablierte und gelebte Räume, respektive Regionen, additiv hinzugefügt wurden. Mit der Revierabgrenzung des InvKG sind neue Raumeinheiten entstanden, die z. T. auch bundeslandübergreifend wirken und historische Regionsbegriffe überlagern. Daraus resultiert für die Länder und Regionen die Herausforderung, neben den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des Strukturwandels die „neuen“ Reviere auch in administrativ gesteuerte Entwicklungsprozesse der Landes- und Regionalplanung einzubetten und diese ggf. neu zu strukturieren. Während der Begriff des Braunkohlereviers eine gewisse Ähnlichkeit suggeriert, unterscheiden sich die drei Reviere in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und raumstrukturellen Gestalt stark voneinander (Noack 2022; Herberg/Kamlage/Gabler et al. 2020; Schmidt 2018). Bereits anhand der gebietskörperschaftlichen Strukturen sind Unterschiede erkennbar, die direkte und indirekte Wirkungen auf die administrative Steuerung und Begleitung des Strukturwandels hervorrufen (Ribbeck-Lampel/Spohr/Otto 2023).

Wesentliche räumliche Unterscheidungsmerkmale, welche die Governance-Strukturen prägen, sind die Ausdehnung über Bundeslandgrenzen hinweg sowie die Größe der Reviere. Daraus ergeben sich Besonderheiten und unterschiedliche Ausgangsbedingungen, die sich u. a. in der Anzahl der im jeweiligen Revier befindlichen Landkreise, Planungsregionen sowie Gemeinden und Gemeindeverbände ausdrücken (vgl. dazu Übersicht Tab. 1). In institutionalisierter Form lassen sich diese Unterschiede auch in Form der Landesstrukturentwicklungsgesellschaften ablesen, wie im Weiteren ausgeführt wird.

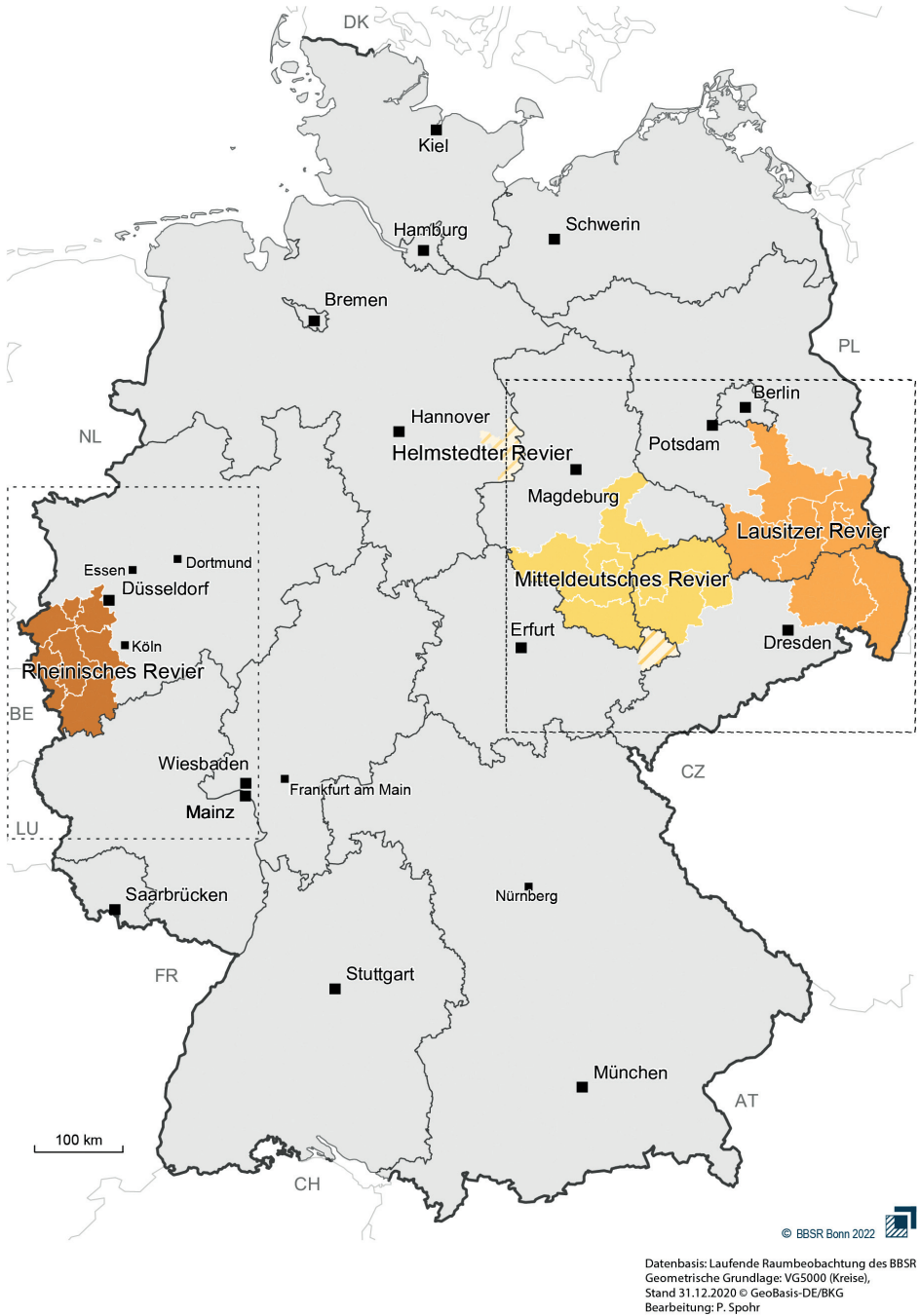


Abb. 3: Lage der Braunkohlereviere in Deutschland / Quelle: Ribbeck-Lampel/Spohr/Otto 2023: 12

	Rheinisches Revier	Mitteldeutsches Revier	Lausitzer Revier
Lage und Gebietsstruktur	südwestlich in Nordrhein-Westfalen im Westen angrenzend an die Niederlande und Belgien prägender Stadttyp: Klein- und Mittelstädte (drei Großstädte im Revier)	bundesland-übergreifend südlich in Sachsen-Anhalt und westlich in Sachsen; Sonderfall in der fördertechnischen Berücksichtigung des Altenburger Landes (Thüringen) prägender Stadttyp: Landgemeinden und Kleinstädte (zwei Großstädte im Revier)	bundesland-übergreifend aufgespannt zw. Südbrandenburg und Nordsachsen im Osten angrenzend an Polen prägender Stadttyp: Landgemeinden und Kleinstädte (keine Großstadt bzgl. EW-Zahl, funktionale Großstadt Cottbus)
räumlich-administrative Revierabgrenzungen	sechs Landkreise und eine kreisfreie Stadt in Summe 65 beteiligte Gemeinden zwei involvierte Träger der Regionalplanung (in Teilgebietszugehörigkeit)	sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte in Summe 147 beteiligte Gemeinden vier involvierte Träger der Regionalplanung (z.T. in Teilgebietszugehörigkeit)	sechs Landkreise und eine kreisfreie Stadt in Summe 125 beteiligte Gemeinden zwei involvierte Träger der Regionalplanung
Fläche	4.977 km ² , entspricht 15 % der Landesfläche NRW	9.864 km ² , entspricht 29 % der Landesfläche ST und 22 % in SN	11.726 km ² , entspricht 24% der Landesfläche BB sowie SN
Bevölkerung	2.453.865 EW, entspricht 14% der EW in NRW	1.943.119 EW, entspricht anteilig 26 % der EW in SN und 41 % der EW in ST	1.143.069 EW, entspricht anteilig 24 % der EW in BB und anteilig 14 % der EW in SN

Tab. 1: Braunkohlereviere im räumlich-administrativen Vergleich / Quelle: Eigene Darstellung (vgl. dazu Ribbeck-Lampel/Spohr/Otto 2023)

3 Landesstrukturentwicklungsgesellschaften im Vergleich

Der Vergleich der Landesstrukturentwicklungsgesellschaften in den Braunkohlereviere erfolgt anhand von drei Ebenen. Zunächst setzt die komparative Analyse an einer Betrachtung der jeweiligen Genese der Landesstrukturentwicklungsgesellschaften an. Die nächste Ebene – Aufbau und Struktur der Gesellschaften – bildet den Status quo und damit Beziehungsgeflechte und Hierarchien der Akteure ab. Darüber lassen sich dominierende Verantwortlichkeiten, Triebkräfte und Schnittstellen identifizieren. Die dritte Vergleichsebene zielt auf die Anknüpfung an staatliche Akteursstrukturen sowie Schnittstellen in die horizontale Governance im Sinne von Kooperationen und Verzahnung ab.

Für ein generelles Verständnis des Aufbaus und der Zugehörigkeit der Landesstrukturentwicklungsgesellschaften ist die z. T. länderübergreifende Revierstruktur noch einmal hervorzuheben (vgl. Abb. 4). Auf diese ist zurückzuführen, warum mehrere Gesellschaften entsprechend für Teilabschnitte in den Revieren zuständig sind (siehe dazu im Folgenden Wirtschaftsregion Lausitz sowie Sächsische Agentur für Strukturentwicklung) und darüber hinaus gesonderte Lösungen für die Kooperationen der Länder je Revier entwickelt wurden (siehe dazu im Folgenden den Abschnitt zur Innovationsregion Mitteldeutschland).

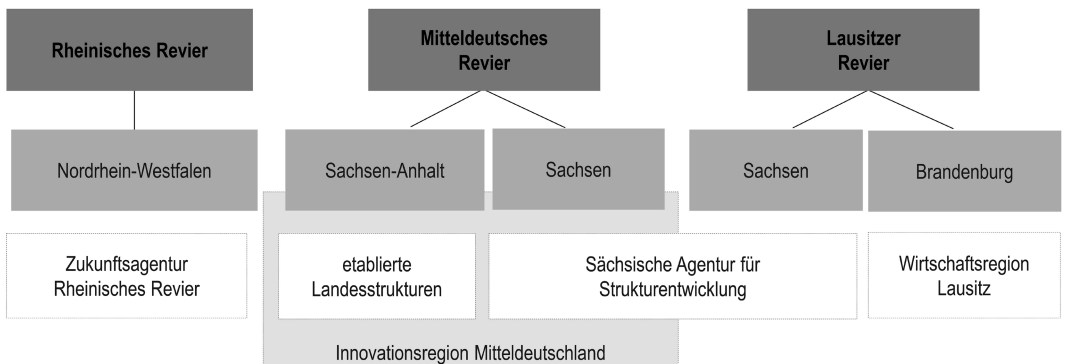


Abb. 4: Abstrahierte Darstellung der länderübergreifenden Revierstrukturen / Quelle: Eigene Darstellung

3.1 Rheinisches Revier

Im Vergleich der drei Braunkohlereviere in Deutschland ist das Rheinische Revier in Bezug auf die flächige Ausdehnung das kleinste, wenn auch zugleich das Revier mit der größten Einwohnerzahl. Eine weitere Besonderheit betrifft die räumliche Lage, da sich das Revier ausschließlich auf ein Bundesland (Nordrhein-Westfalen) erstreckt (vgl. dazu Tab. 1), wohingegen das Mitteldeutsche und das Lausitzer Revier länderübergreifend aufgespannt sind. Im Rheinischen Revier übernimmt die „Zukunftsagentur Rheinisches Revier“ (ZRR) die Aufgaben als Landesstrukturentwicklungsgesellschaft im Strukturwandel.

3.1.1 Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR)

Genese: Den Strukturwandel eigeninitiativ gestalten

Die ZRR hat ihren Ursprung im Jahr 2011. Sie ging aus der „Innovationsregion Rheinisches Revier“ (IRR) hervor. Diese wurde als Akteurszusammenschluss begründet, im Rahmen dessen erstmalig Akteure des Rheinischen Reviers (damals Revier noch als selbstbestimmte Abgrenzung) zusammenkamen, um über den anstehenden Transformationsprozess in Austausch zu treten (Gärtner 2014: 66). Zu den Gesellschaftern der IRR, die ab 2014 als GmbH firmierte, gehörten neben den Gebietskörperschaften auch die Handwerkskammern, die Industrie- und Handelskammern und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (ZRR 2022); (Gärtner 2014: 67). Somit hatten privatwirtschaftliche Akteure von vorneherein einen wichtigen Stellenwert in der Kooperation und können als Mit-Initiatoren des Zusammenschlusses gesehen werden. Die räumliche Gebietsgliederung wurde aufgrund fehlender historisch gewachsener Strukturen (fehlende Identität als Transformationsraum) sowie anhand der Betroffenheit durch die Nähe zu Braunkohletagebauen und Kraftwerken vorgenommen. Räumlich wurde das Gebiet der IRR sowie der heutigen ZRR in einen Kernbereich (Landkreise die vollständig oder überwiegend im Braunkohlenplangebiet liegen – Kerngebiete) und einen erweiterten Bereich (einzelne Gemeinden liegen im Braunkohlenplangebiet bzw. weisen eine räumliche Nähe auf) aufgeteilt (Bezirksregierung Köln 2021). Im Jahr der Einsetzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (WSB-Kommission) 2018 wurde die Innovationsregion zur „Zukunftsagentur Rheinisches Revier“ umfirmiert und der Gesellschafterkreis um die Stadt Mönchengladbach erweitert (Kreis Heinsberg 2018).

Aufbau und Struktur: Ein breites Akteursspektrum aus staatlichen und privaten Akteuren

Die ZRR ist eine vom Land beauftragte und geförderte Institution, die den Strukturwandel im Revier und die Förderung entsprechender Projekte organisiert (Herberg/Kamlage/Gabler et al. 2020: 14). Zu den Aufgaben und Zielen der ZRR gehören (ZRR 2022; Kreis Heinsberg 2018):

- > allg. Steuerungsaufgaben des Strukturwandels im Rheinischen Revier,
- > Regionalpartner des Bundes – Fördermittelvergabe des Bundes,
- > Erstellung von Landesleitbildern im Strukturwandel und Innovationsstrategien, Wirtschafts- und Strukturprogramm (Strategiepapier und Förderprogramm),
- > Netzwerkpartner,
- > Projektumsetzung im Bereich der Strukturentwicklung.

Als Unternehmen besteht die ZRR aus zwei wesentlichen Instanzen: der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat. Die Gesellschafterversammlung steuert die Tätigkeiten der ZRR. Sie besteht aus allen Gesellschaftern und Anteilseignern (2022: 18 Gesellschafter, vertreten sind die Kreise des Rheinischen Reviers und die Stadt Mönchengladbach, Industrie- und Handelskammern sowie Gewerkschaften, Region

Köln/Bonn e. V., Standort Niederrhein GmbH, Zweckverband Region Aachen). In diesem Gremium werden Entscheidungen beraten und beschlossen, dazu gehören die wesentlichen Leitlinien der inhaltlichen Arbeit der Gesellschaft sowie die Projekte mit dem jeweiligen Eigenanteil der betroffenen Gesellschafter. Der Aufsichtsrat der ZRR, in dem neben den Mitgliedern der Gesellschafterversammlung auch das Land NRW und diverse Landesministerien, die Bezirksregierung Köln, die RWE Power AG, die Anrainerkonferenz sowie der NABU NRW vertreten sind (ZRR 2019: 29), fungiert als Kontrollgremium.

Als besonderes Mitglied des Aufsichtsrates ist die Anrainerkonferenz hervorzuheben. Dieser gehören jene 20 Kommunen im Revier an, die unmittelbar an Tagebaue und Kraftwerksstandorte angrenzen. Als Zusammenschluss dieser besonders betroffenen Kommunen übernimmt die Anrainerkonferenz Aufgaben als Meinungs- und Kommunikationsorgan und achtet auf die regionale Ausgewogenheit der Aktivitäten in der ZRR. Sie unterstützt den Aufsichtsrat in seiner Arbeit, insbesondere bei der strategisch-politischen Ausrichtung. Die Anrainerkonferenz kann zu aktuellen und strategischen Themen des Strukturwandels gemeinsame Stellungnahmen und Beschlüsse fassen. Letztgenannte haben empfehlenden Charakter für den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Anknüpfung an staatliche Akteursstrukturen sowie Schnittstellen in die horizontale Governance: Zivilgesellschaftliche Akteure aktiv einbinden

Die ZRR als beauftragte „Trägerinstitution“ des Landes Nordrhein-Westfalen ist über diverse Schnittstellen, Mitwirkungen und Kooperationen an Institutionen und Akteure auf Landesebene angegliedert, auf die in Hinblick auf die Ausrichtung dieses Beitrages nur verwiesen werden soll. Zu diesen zählen u. a. das Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen und die Stabsstelle Rheinisches Revier, die Projektgruppe Rheinisches Zukunftsrevier, die Interministerielle Arbeitsgruppe, die Bezirksregierung und Regionalräte, der Beirat Wirtschafts-, Wissenschafts- und Sozialpartner sowie der Koordinierungskreis.

Neben der Einbindung in die Geflechte staatlicher Akteure im Strukturwandel fungiert die ZRR als Ansprechpartner, koordinierende Stelle und Umsetzungspartner für und mit zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und intermediären Akteuren. Besonders hervorzuheben sind die Anknüpfungen zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, welche zum Teil als Bestandteil der ZRR agieren, die folgend übersichtsartig aufgeführt werden.

Der zivilgesellschaftliche Koordinierungskreis Strukturwandel (ZKS) wurde im Sommer 2018 als Arbeitskreis aus Vertreterinnen und Vertretern von über zwanzig Organisationen der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen mit dem Ziel, eine gemeinsame Haltung zum Strukturwandel zu entwickeln und zu vertreten (Herberg/Kamlage/Gabler et al. 2020: 13; Initiative Buirer für Buir 2019). Der ZKS sowie die Allianz für nachhaltigen Strukturwandel e. V. i. G (ANS) sind Bestandteil des zivilgesellschaftlichen Engagements im Rheinischen Revier, die sich gemeinsam in Arbeitsgruppen zu Fachthemen austauschen und positionieren (ANS 2020). In die Strukturen der ZRR sind die zivilgesellschaftlichen Institutionen indirekt als Mitglieder der Spurguppe eingebunden. Die aus mehr als 20 Personen bestehende Gruppe begleitet, reflektiert und unterstützt

den zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozess im Revier. Die Plätze werden über ein Losverfahren an Bürgerinnen und Bürger vergeben sowie an ausgewählte (zivilgesellschaftliche) Institutionen, die verschiedene Blickwinkel und Interessen in die Diskussion einbringen. Die Spurguppe reflektiert den fortlaufenden Beteiligungsprozess, leitet Anregungen aus der Bürgerschaft weiter, hilft als Multiplikator bei der Bekanntmachung und Bewerbung der Beteiligungsformate und arbeitet aktiv an der Formulierung einer Reviercharta für zukünftige Bürgerbeteiligung im Revier mit (ZRR 2021).

3.2 Mitteldeutsches Revier

Das Mitteldeutsche Revier ist länderübergreifend über Sachsen-Anhalt und Sachsen aufgespannt. Mit 147 Gemeinden und Gemeindeverbänden sind im Mitteldeutschen im Vergleich zum Rheinischen und dem Lausitzer Revier die meisten Gebietskörperschaften formal im Strukturwandel involviert. In Bezug auf die Governance-Strukturen zeigt sich die länderübergreifende Gestalt des Reviers deutlich. Für die Vernetzung und strategische Ausrichtung, die projektbezogene Arbeit sowie die fördertechnische Abwicklung wurden unterschiedliche Strukturen gebildet. Die länderübergreifende, strategische Zusammenarbeit erfolgte insbesondere in den Anfangsjahren über die „Innovationsregion Mitteldeutschland“ bzw. die Metropolregion Mitteldeutschland, die im Folgenden als Besonderheit im Vergleich der drei Reviere und als Gegenbeispiel für eine gemeinsame Landesstrukturentwicklungsgesellschaft betrachtet wird. In Bezug auf die fördertechnische Abwicklung werden im Revier getrennte, landesspezifische Abwicklungsstrukturen genutzt. Für den sächsischen Teil des Mitteldeutschen Reviers übernimmt die Sächsische Agentur für Strukturentwicklung GmbH (SAS) die Verantwortung, welche auch für den sächsischen Teil im Lausitzer Revier zuständig ist (detaillierte Beschreibung im Abschnitt „Lausitzer Revier“).

Für den sachsen-anhaltinischen Teilbereich wurde keine separate Entwicklungsgesellschaft für den Strukturwandel gegründet. Das Land Sachsen-Anhalt nutzt für die Verwaltungsorganisation zur Umsetzung der Finanzhilfen des Bundes bewährte Strukturen, um Doppelungen und Intransparenz in den Verantwortlichkeiten zu vermeiden (SEP 2021: 30). Die Antragsberatung und das Finanz-Reporting für den Einsatz der Bundesfinanzhilfen erfolgt über die Investitionsbank Sachsen-Anhalt (SEP 2021: 29). Die Bewilligung der Anträge erfolgt in bereits etablierten landesinternen Verantwortlichkeiten durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt, das Landesverwaltungsamt oder die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH. Die Einbindung der Reviervertreter erfolgt über einen Revierausschuss, der die Beratung zu strategischen und operativen Fragestellungen der Revierförderung sowie die Evaluation des Verfahrens übernimmt. Der Ausschuss setzt sich aus der Landesregierung mit der Staatskanzlei und dem Ministerium für Kultur und den zuständigen Ressorts, den vier Landkreisen und der Stadt Halle (Saale) sowie Vertreterinnen und Vertretern der regionalen Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Sozialpartnerinnen und -partnern zusammen (SEP 2021: 30).

3.2.1 Innovationsregion Mitteldeutschland

Genese: Kooperatives Vorgehen in der länderübergreifenden Zusammenarbeit auf Projektebene

Bereits 2016 gründeten regionale Akteure in Mitteldeutschland die Projektgruppe „Innovation im Revier“, welche unter der Initiative der „Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland“ zusammenkam. Aus diesem Zusammenschluss fanden sich zwei Jahre später – jedoch noch vor der Einberufung der WSB-Kommission – die Landkreise Altenburger Land, Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Leipzig, Mansfeld-Südharz, Nordsachsen und Saalekreis sowie die Städte Halle (Saale) und Leipzig per interkommunaler Zweckvereinbarung zum Projekt „Innovationsregion Mitteldeutschland“ (IRMD) zusammen: ein länderübergreifender Zusammenschluss mit dem Ziel, gemeinsam abgestimmte Strukturentwicklung voranzutreiben (IRM 2022b: 7). Bereits 2017 stellten die Partner einen erfolgreichen Projektfinanzierungsantrag im Bundesmodellvorhaben „Unternehmen Revier“, über welches bis zunächst 2027 jährlich rd. 1,6 Millionen Euro für die „Innovationsregion Mitteldeutschland“ zur Verfügung stehen (IRM 2022b).

Mit dem InvKG wurde die bereits eigeninitiativ entwickelte kooperative und räumliche Struktur des Akteurszusammenschlusses nicht berücksichtigt, da die Finanzhilfen auf Bundesländer als Teilräume verteilt werden und nicht den gesamtregionalen Ansatz befördern. Aufgrund dieser inhaltlichen und finanzadministrativen Unterscheidungen im Revier wurden die beschriebenen landesspezifischen Strukturen unabhängig vom ganzheitlichen Revieransatz ausgebildet. Die „Innovationsregion Mitteldeutschland“, als inhaltliche und strategische Projektinstitution hat dessen ungeachtet Bestand und dient der länderübergreifenden Abstimmung unter dem Schirm der Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD 2022: 8 f.).

Aufbau und Struktur: Kooperation als Projekt angehen

Gefördert wird die „Innovationsregion Mitteldeutschland“ als interkommunaler Zusammenschluss für eine gemeinsame Strukturentwicklung unter anderem aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) durch den Bund, den Freistaat Sachsen, das Land Sachsen-Anhalt und den Freistaat Thüringen sowie als Modellvorhaben im Bundesprogramm „Unternehmen Revier“. Ziel ist es, Strategien und Projekte für Innovation und Wertschöpfung im Mitteldeutschen Revier zu entwickeln (Burgenlandkreis 2022; IRM 2019). Anders als die Landesstrukturentwicklungsgesellschaften im Rheinischen und im Lausitzer Revier handelt es sich bei der IRMD nicht um ein Unternehmen, sondern um ein Projekt. Dementsprechend unterscheiden sich auch die Instanzen bzw. Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, wenngleich es Ähnlichkeiten gibt.

Die Arbeit der IRMD wird durch ein Regionales Empfehlungsgremium (REG) begleitet, welches sich aus den Wirtschaftsförderungen der neun Gebietskörperschaften zusammensetzt. Weiterhin sind Vertreter/innen aus Arbeitsgruppen der Metropolregion Mitteldeutschland, von Planungsverbänden, Kammern, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Gewerkschaften und regionalen Netzwerken sowie Unternehmen von strukturbestimmender Bedeutung für den Strukturwandel eingebunden. Die Entscheidung über die Projektauswahl im Rahmen bestehender Förderprogram-

me, die Beteiligung an neuen Förderprogrammen sowie den stetigen Informationsaustausch verantwortet der Ständige Ausschuss der IRMD. Dieser wird aus den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern sowie den Landrätinnen und Landräten der beteiligten Gebietskörperschaften gebildet (IRM 2022a).

Anknüpfung an staatliche Akteursstrukturen sowie Schnittstellen in die horizontale Governance: Fehlende länderübergreifende Institutionalisierung der Kooperation

Die administrative Arbeit der IRMD ist auf die verschiedenen Akteure aufgeteilt. Die Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH ist als Regionalpartner zuständig für das inhaltliche Projektmanagement, die Öffentlichkeitsarbeit und den Beteiligungsprozess im Revier. Das Aufbauwerk Region Leipzig GmbH berät zu Förderanträgen und verantwortet das Controlling. Der Burgenlandkreis übernimmt als Abwicklungspartner die fördermitteltechnische Abwicklung der Förderprogramme. Begleitend und steuernd wirken als Landesinstitutionen das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung sowie die Stabsstelle Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier für das Land Sachsen-Anhalt in der IRMD mit (IRM 2022a).

Im Vergleich zu den beschriebenen Einbindungsstrukturen aufseiten des Landes Sachsen-Anhalt, das sich gegen eine separate Landesstrukturentwicklungsgesellschaft entschieden hat, fällt die Komplexität auf, welche infolge der Doppelstruktur entsteht. Zwar ist der kooperative und länderübergreifende Ansatz der Zusammenarbeit im Strukturwandel als Projekt möglichst einfach strukturiert, durch diese Parallelstruktur entstehen jedoch auch besondere Abgrenzungserfordernisse. Diese beziehen sich insbesondere auf die Fördermittel, die jeweils aus anderen Fördertöpfen stammen und andere Zielgruppen sowie Themen adressieren. Die länderübergreifende Zusammenarbeit im Mitteldeutschen Revier findet nicht institutionalisiert durch die Länder statt, sondern über Einzelprojekte.

3.3 Lausitzer Revier

Ähnlich wie im Mitteldeutschen Revier zeichnet sich auch das Lausitzer Revier durch seine bundeslandübergreifende räumlich-administrative Struktur aus, die sich über Südbrandenburg und Nordsachsen erstreckt. Damit einher geht eine doppelte Governance-Struktur, die sich in einer brandenburgischen (Wirtschaftsregion Lausitz GmbH – WRL) und einer sächsischen (Sächsische Agentur für Strukturentwicklung GmbH – SAS) Landesstrukturentwicklungsgesellschaft niederschlägt. Diese Doppelstruktur ist das Resultat eines dynamischen Entwicklungsprozesses zwischen den Bundesländern, wie im Folgenden beleuchtet wird.

3.3.1 Brandenburg: Wirtschaftsregion Lausitz (WRL)

Genese: Zwei Länder gehen getrennte Wege

Die WRL als verantwortliche Landesstrukturentwicklungsgesellschaft für den Strukturwandel in Brandenburg ging in ihrer heutigen Form aus der 2009 gegründeten Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH hervor, einem Zusammenschluss aus den

brandenburgischen Landkreisen Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster sowie der kreisfreien Stadt Cottbus. 2017 fand eine inhaltliche Kalibrierung und Umfirmierung in eine länderübergreifende Gesellschaft, die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, statt: Von einem breiten Fokus auf das Handlungsfeld „Energie“ erfolgte die Neuorientierung auf das Thema „Strukturwandel“. Im gleichen Jahr trat der sächsische Landkreis Görlitz bei. 2019 folgte der sächsische Landkreis Bautzen und damit einhergehend die Einbindung der umfassenden, länderübergreifenden Gebietskulisse des Lausitzer Reviers in der Gesellschafterstruktur. Diese Entwicklung hin zu einer gemeinschaftlichen Strukturentwicklungspolitik wurde nach kurzer Zeit mit der Gründung der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung GmbH im Jahr 2019 revidiert. Seit 2020 ist die WRL qua Kabinettsbeschluss des Landes Brandenburg als Landesstrukturentwicklungsgesellschaft für den brandenburgischen Teil der Lausitz und somit für die Organisation und Steuerung der Prozesse beauftragt. Wenige Wochen später folgte der formale Austritt der sächsischen Landkreise. Brandenburg und Sachsen bestreiten seitdem mit ihren jeweils eigenen Landesstrukturentwicklungsgesellschaften die Strukturwandelprozesse.

Aufbau und Struktur: Von kommunaler Ebene begründet

Die Gesellschafter der WRL umfassen die Gründungsakteure sowie das Land Brandenburg. Im Aufsichtsrat hat Letzteres seit Anfang 2022 eine Mehrheitsbeteiligung: Dort sind jeweils eine Vertreterin / ein Vertreter der vier Landkreise sowie eine Vertreterin / ein Vertreter der kreisfreien Stadt Cottbus und sechs Vertreter/innen des Landes Brandenburg präsent. Diese Konstellation mit einer Landesmehrheit unterscheidet sich stark vom ursprünglich gebietskörperschaftlich getriebenen Zusammenschluss der Landkreise und der Stadt Cottbus. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Brandenburger Staatskanzlei, die, repräsentiert durch den Lausitz-Beauftragten des Ministerpräsidenten, die politische Verantwortung für die WRL innehat. Die WRL gibt Richtlinien vor und verwaltet landesseitig die Fördermittel im Rahmen des Strukturwandels. Darüber hinaus koordiniert sie sowohl fach- und regionalpolitische Themen der Landesregierung als auch die Abstimmungsprozesse mit anderen Braunkohlereviere und stellt die Verbindung zur Bundesregierung her. In Bezug auf das Revier „versteht sich [die WRL] als Dienstleister für alle regionalen Akteure, die ein strukturelevantes Projekt planen“ (WRL 2022).

Anknüpfung an staatliche Akteursstrukturen sowie Schnittstellen in die horizontale Governance: Breites Akteursnetzwerk ohne institutionelle Anbindung

Die WRL ist in ein breites Netzwerk von staatlichen Akteuren eingebettet: Die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) Lausitz steuert den Strukturentwicklungsprozess auf Landesebenen. Ihre Aufgabe ist es, die Förderwürdigkeit von Projekten zu bestätigen. Sie ist auf Ebene der Landesregierung angesiedelt. Die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) ist beratend tätig (ILB 2022). Gemeinsam mit dem Lausitzbeauftragten des Ministerpräsidenten und der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH werden in Werkstätten die eingereichten Projektideen qualifiziert. Darüber hinaus beraten ILB und WRL Projektakteure im brandenburgischen Teil des Reviers und erörtern mit ihnen gemeinsam geeignete Finanzierungsmöglichkeiten. Die Funktion respektive die Einbindung des Lausitzbeauftragten in die staatlichen Akteursstrukturen stellt eine Besonderheit im Vergleich der drei Braunkohlereviere dar: Diese 2018 etablierte Stelle

ist direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt und der Beauftragte kann als Mitarbeiter der Staatskanzlei die Revierbelange direkt mit der Landesregierung verknüpfen. Im Rheinischen und im Mitteldeutschen Revier sind die Revierbeauftragten in Stabsstellen an Ministerien angebunden (Land Brandenburg 2020).

In Bezug auf die horizontale Einbindung im Revier werden zwei Akteure in ihrer Beziehung zur WRL herausgegriffen, die zum einen in besonderer Form die Rolle der kommunalen Ebene abbilden und zum anderen die unternehmerischen Aktivitäten im Teilraum des Revieres bündeln: die Lausitzrunde und die Wirtschaftsinitiative Lausitz e. V.

Die Lausitzrunde vereint länderübergreifend in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz demokratisch gewählte Bürgervertreter/innen aller Parteien in verschiedenen Gebietskörperschaften. Als freiwilliges Bündnis organisiert sie die Arbeit über eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Mitgliedern. Sie entstand in einem Prozess, in dem sich kommunale Vertreter/innen der sächsischen und brandenburgischen Lausitz mit unmittelbarer Nähe zum Braunkohle-Bergbau über die Herausforderungen des Strukturwandels der Region abstimmten. Die Lausitzrunde versteht sich als Bindeglied der Lausitzer Bürger/innen zu den Akteuren des Strukturwandels. Sie bringt einerseits die kommunalen Belange in den Prozess der Strukturentwicklung ein und steckt hierzu gemeinsam Prioritäten und Handlungsfelder ab, die den regionalen Akteuren als Basis für ihre Arbeit dienen. Die Lausitzrunde ist jedoch nicht in offizielle Entscheidungsprozesse eingebunden (Lausitzrunde 2022).

Die Wirtschaftsinitiative Lausitz e. V. (WiL) ist eine ebenfalls lose in die Strukturwandelaktivitäten eingebundene Initiative, die sich als regionale Aktions- und Netzwerkplattform in der Lausitz versteht. 2009 von Lausitzer Unternehmen gegründet, engagieren sich länder- und branchenübergreifend Unternehmen, Institutionen, Kammern und Kommunen in der WiL. Ihr Hauptanliegen ist es, den Wirtschaftsstandort Lausitz nachhaltig zu stärken. Die WiL steht beispielhaft dafür, dass sich Lausitzer Unternehmen schon früh als Akteursgruppe zusammengefunden haben (die Gründung erfolgte zeitgleich mit der heutigen WRL). Hervorzuheben ist, dass die LEAG, das regionale Kohleunternehmen, nicht beteiligt ist.

Im Vergleich zum Rheinischen Revier fällt auf, dass die Partikularinteressen der Kommunen, der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaft zwar im Strukturwandel des Lausitzer Reviers vertreten sind, jedoch keine institutionelle Anbindung beim Land oder der WRL erfahren. Die Akteurslandschaft ist zwar in beiden Revieren vergleichbar breit, unterscheidet sich jedoch in der jeweiligen Einbindung und damit auch in der Einflussnahme.

3.3.2 Sachsen: Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (SAS)

Genese: Strukturwandel als Landesaufgabe

Die Sächsische Agentur für Strukturentwicklung GmbH (SAS) ist die Landesstrukturentwicklungsgesellschaft, die für den sächsischen Teil des Lausitzer Reviers sowie den sächsischen Teil des Mitteldeutschen Reviers zuständig ist. Sie wurde 2019 vom Freistaat Sachsen gegründet. Nach der ursprünglichen Zusammenführung von bran-

denburgischen und sächsischen Landkreisen in der WRL wird die Gründung der SAS als ein Signal des Freistaats interpretiert, im Strukturwandel administrativ-politisch getrennte Wege von Brandenburg gehen zu wollen (Menschner 2020). Ende April 2021 hat die sächsische Landesregierung die „Förderrichtlinie für Zuwendungen nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen“ beschlossen. Die Richtlinie regelt das Verfahren, nach dem Projekte für den Strukturwandel in den sächsischen Braunkohlerevieren ausgewählt und unterstützt werden. Sie folgt damit dem grundlegenden Aufbau der Mittelverteilung im InvKG, die über die Länder administriert wird. Anträge können Kommunen bzw. deren Unternehmen in den Landkreisen Bautzen, Görlitz, Leipzig, Nordsachsen sowie die Stadt Leipzig, stellen.

Aufbau und Struktur: Vom Freistaat begründet

Gesellschafter der SAS sind mit 51 % der Freistaat Sachsen und mit 49 % die Sächsische Aufbaubank (SAB) (Schwab 2020). Um einen engen Kontakt mit den Braunkohleregionen in den beiden Revieren zu gewährleisten und in der Fläche wirken zu können, verfügt die SAS in Sachsen über vier Beratungsstellen. Ähnlich umfassend wie bei der ZRR und der WRL zählt zu den Aufgaben der SAS die Beratung und Begleitung von Initiatorinnen und Initiatoren von Strukturentwicklungsprojekten: „Die SAS berät die betroffenen Landkreise und Kommunen im Strukturwandel, um Wohnen, Leben und Arbeit für eine moderne Region zu verbinden. Als Berater und Förderlotse, Ideensammler und Impulsgeber unterstützt sie die regionalen Akteure von der Idee über die Planung und Umsetzung bis zur Fertigstellung der Projekte“ (SAS 2022). Dazu findet jährlich ein Auswahlverfahren zu kommunalen Vorhaben der Strukturentwicklung statt, welches von der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) des Landes durchgeführt wird. Kernanliegen der SAS ist darüber hinaus die enge Zusammenarbeit mit anderen Akteuren des Strukturwandels, insbesondere mit der Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH (WFS) sowie länderübergreifend mit der WRL und der Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH.

Anknüpfung an staatliche Akteursstrukturen sowie Schnittstellen in die horizontale Governance: Zwei Reviere in einem Land

Die SAS arbeitet eng mit dem Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR) zusammen. Ähnlich wie in Brandenburg gibt es auch in Sachsen einen Beauftragten für Strukturwandel, der für die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier zuständig ist. Dieser ist als Abteilungsleitung im SMR beschäftigt und für die Koordinierung der Strukturwandelprozesse verantwortlich. Ein wichtiges Element sowohl der vertikalen als auch der horizontalen Governance des Strukturwandels in Sachsen ist der Regionale Begleitausschuss (RBA), dessen Geschäftsstelle die SAS bildet. Anknüpfend an die Beratung in der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) hat der RBA die Aufgabe, am Projektauswahlverfahren kommunaler Projekte mitzuwirken (die durch die SAS vorgeprüft und priorisiert wurden), indem er diese bewertet und qualifiziert. Anschließend entscheiden der Freistaat Sachsen und der Bund endgültig über die von den RBA positiv beschiedenen Vorhaben, die daran anknüpfend als Fördermittelantrag bei der Sächsischen Aufbaubank eingereicht werden können.

Die stimmberechtigten Mitglieder des RBA sind Vertreter/innen der Landkreise Görlitz und Bautzen, je zwei Gemeinden oder Gemeindeverbände der Landkreise sowie das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung. Des Weiteren sind die Landes-

direktion Sachsen, die Bundesagentur für Arbeit Bautzen, die DOMOWINA – Bund Lausitzer Sorben e. V. sowie Interessensgruppen aus den Bereichen Wirtschaft, Arbeitnehmer, Soziales, Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie, Wissenschaft und Bildung, Kultur, Tourismus und Sport, Umwelt und Klimaschutz, Klima und Energie, Land- und Forstwirtschaft, Kinder und Jugend sowie regionale Planungsverbände, LEADER-Gebiete und zivilgesellschaftliche Netzwerke ebenfalls Teil des Beileitausschusses (SAS 2022). Die Struktur und die Arbeitsweise des RBA in Sachsen wird identisch für den sächsischen Teil im Mitteldeutschen Revier eingesetzt.

4 Fazit und Synthese

So vielfältig und komplex, wie sich der Strukturwandel in wirtschaftlicher, sozialer, räumlicher und ökologischer Hinsicht in den Braunkohlerevieren niederschlägt, so divers sind auch die Antworten, die in Form geeigneter Governance-Strukturen erprobt werden. Der Vergleich der Landesstrukturentwicklungsgesellschaften in den Ländern und Revieren verdeutlicht dies eindrücklich (Tab. 2). Den untersuchten Institutionen ist gemein, dass sie neben den administrativen Aufgaben der Bewirtschaftung der Bundesfinanzhilfen im Kern eine Rolle als Vermittler, Kommunikationsnetzwerk und Plattform für die verschiedenen Akteure im Strukturwandel darstellen. Der Aufbau und die Struktur sowie die Schnittstellen zu anderen Akteuren (horizontal wie vertikal) unterscheiden sich dabei je nach Land und Revier deutlich voneinander, wie im Folgenden schlussfolgernd dargestellt wird.

	Rheinisches Revier	Mitteldeutsches Revier	Lausitzer Revier
Landesstrukturentwicklungsgesellschaft	Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR)	Innovationsregion Mitteldeutschland (IRMD) sowie Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (SAS)	Wirtschaftsregion Lausitz (WRL)
Genese – Impulsgeber	wirtschaftliche und kommunale Akteure als Initiatoren im Revier (Form: GmbH)	länderübergreifende Zusammenarbeit der Gemeinden und Landkreise (Form: Projekt)	im Ursprung länderübergreifende Zusammenarbeit der Gemeinden und Landkreise (Form: GmbH) WRL: Gemeinde und Landkreise als treibende Akteure der Kooperation (Form: GmbH)
		SAS: Land als Gründungsakteur (Form: GmbH)	

	Rheinisches Revier	Mitteldeutsches Revier	Lausitzer Revier
Aufbau und Struktur	<p>Strukturen einer GmbH mit Einflechtung in politische Entscheidungsgremien des Landes</p> <p><i>Beteiligte:</i> breites Akteurspektrum aus kommunalen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen</p>	<p>Keine separate Landesstrukturentwicklungsgesellschaft;</p> <p>Einbeziehung vorhandener Landesverwaltungsstrukturen (für Strukturwandelvorhaben in Sachsen-Anhalt)</p> <p><i>Beteiligte:</i> kommunale und Landeseinheiten</p> <p>zusätzlich Projektstruktur der IRMD zur länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Sachsen</p> <p><i>Beteiligte:</i> breites Akteurspektrum aus kommunalen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen</p>	<p>WRL: Strukturen einer GmbH mit Einflechtung in politische Entscheidungsgremien des Landes</p> <p><i>Beteiligte:</i> kommunale und Landeseinheiten</p>
		<p>SAS: Strukturen einer GmbH mit Einflechtung in politische Entscheidungsgremien des Landes (u.a. IMAG, Beauftragte)</p> <p><i>Beteiligte:</i> Landeseinheiten</p>	

	Rheinisches Revier	Mitteldeutsches Revier	Lausitzer Revier
Vertikale und horizontale Kooperationen	Starke Anbindung ans Land (vertikal), enge Verbindungen zu wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (horizontal)	Starke Anbindung ans Land IRMD: enge Verbindungen zu wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (horizontal)	WRL: Gesellschafter bestehen rein aus staatlichen Akteuren (vertikal) (auf kommunaler, Landkreis- und Länderebene); Werkstattprozesse (horizontal)
		SAS: Angliederung an Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung (vertikal) Regionale Begleitausschüsse (horizontal)	

Tab. 2: Die Landesstrukturentwicklungsgesellschaften im Vergleich / Quelle: Eigene Darstellung

Eigeninitiative als Triebkraft im Strukturwandel wieder aufgreifen

Die drei Reviere sind von Akteurslandschaften geprägt, die einem dynamischen Anpassungsprozess unterliegen. Dabei ist hervorzuheben, dass bereits vor der Einsetzung der WSB-Kommission 2018 partnerschaftliche Akteursstrukturen in den Revieren aufgebaut wurden, die sich mit der Energiewende und dem anstehenden Strukturwandel auseinandersetzten. Der Strukturwandel wurde in den betroffenen Teilräumen eigeninitiativ angegangen. Landesgrenzen wurden zugunsten der übergreifenden Thematik als nachrangig verstanden. Spätestens mit der Verabschiedung des InvKG gingen aus den Zusammenschlüssen und Initiativen einzelne Landesstrukturentwicklungsgesellschaften hervor, die sich wiederum in den zurückliegenden zwei Jahren z. T. grundlegend verändert haben. Dies zeigt sich zum einen darin, dass aus eher informellen Kooperationszusammenschlüssen und Entwicklungsdynamiken in der länderübergreifenden Zusammenarbeit wirtschaftlich agierende Unternehmen hervorgegangen sind. Während vor der Verabschiedung des InvKG im Mitteldeutschen und im Lausitzer Revier Strukturen gepflegt wurden, die das jeweilige Braunkohlerevier in Gänze (unabhängig von Landesgrenzen) betrachteten, hat mit den formalen Strukturen des Gesetzes auch eine weitreichende Formalisierung und landesfokussierte Form der Kooperationen eingesetzt. Dementsprechend stark orientieren sich die untersuchten Landesstrukturentwicklungsgesellschaften eng an der jeweiligen Landesregierung bzw. -politik, weniger an landesübergreifenden Strategien.

Das Mitteldeutsche Revier geht in dieser Hinsicht einen Sonderweg. Während der sächsische Teil des Reviers über eine Landesstrukturentwicklungsgesellschaft begleitet wird, greift der sachsen-anhaltische Teilraum auf etablierte Landesverwaltungsstrukturen zurück. Ungeachtet dessen hat das Mitteldeutsche Revier mithilfe des Pro-

jektet „Innovationsregion Mitteldeutschland“ einen Weg gefunden, um länderübergreifend an den Zielen und Strategien des Strukturwandels zu arbeiten. Eine solche Lösung fehlt im Lausitzer Revier. Zwar wurde in diesem anfangs sogar eine länderübergreifende Entwicklungsgesellschaft formiert, sie wurde jedoch nach wenigen Monaten wieder in singuläre Landesstrukturen überführt.

Die vergleichende Analyse zeigt deutlich, dass kooperative und länderübergreifende Prozesse von den Akteuren in den Revieren gefordert werden. Das Projekt der „Innovationsregion Mitteldeutschland“ sowie die Lausitzrunde stehen für das Bekenntnis zur Kooperation. Die jeweils fehlende Institutionalisierung respektive Anbindung an die Landes- bzw. Revierstrukturen verdeutlicht jedoch auch, dass eine offizielle Verbindung fehlt. In der Konsequenz ergeben sich daraus Intransparenz, erhöhter Abstimmungsaufwand und Parallelstrukturen. Der ursprünglich eigeninitiativ und themenfokussiert gestartete Strukturwandel in den Revieren ist den landesbezogenen Strukturen des InvKG zum Opfer gefallen. In Bezug auf die Governance-Strukturen ist eine Rückbesinnung zu den Ursprungsgedanken im Sinne eines gelingenden Strukturwandels, der mehr ist als nur die Abwicklung von Fördermitteln, wünschenswert. Die Genese der Governance-Strukturen in den Revieren ist in weiteren thematischen Auseinandersetzungen aufzugreifen, um in retrospektiven Betrachtungen aktueller und künftiger Entwicklungen den originären Ursprung reflektieren zu können.

Die Vielfalt der Akteure im Strukturwandel berücksichtigen

Aus der Perspektive des Akteurzentrierten Institutionalismus (AZI) wird deutlich, dass eine Gemeinsamkeit zwischen den existierenden Landestrukturentwicklungsgesellschaften darin besteht, dass sie eine Governance-Mischform aus korporativen (also Landesinstitutionen, Ministerien etc.) und kooperativen (Vertreter/innen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft etc.) Akteuren sind. Allerdings unterscheiden sich die Akteure und deren Schnittstellen (horizontal wie vertikal) sowie die Tiefe der Kooperationen stark voneinander. So sind beispielsweise in der Zukunftsagentur im Rheinischen Revier auch Vertreter/innen aus der Zivilgesellschaft über eine gesonderte Spurgruppe eingebunden, wohingegen diese Akteursgruppe in der Wirtschaftsregion Lausitz nicht institutionell eingebettet ist. Ein weiterer Unterschied zwischen diesen beiden Landestrukturentwicklungsgesellschaften liegt darin, dass die Gesellschafterversammlung der Zukunftsagentur auch Vertreter/innen von IHK, HWK und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie Gewerkschaften umfasst, wohingegen die Gesellschafter der WRL rein aus staatlichen Akteuren (auf kommunaler, Landkreis- und Länderebene) bestehen.

Die vergleichende Analyse zeigt, dass der Strukturwandel in den Ländern auch in Bezug auf die Akteursstrukturen unterschiedlich interpretiert und aufgespannt wird. Ein gegenseitiges Lernen von den Prozessen und Strukturen sowie den Ergebnissen der Reviere, sollte daher stärker fokussiert werden. Während die grundlegenden Aufgaben und Herausforderungen im Strukturwandel in den Revieren ähnlich sind, werden die Formate für den gegenseitigen Austausch der Länder, um Erfahrungen miteinander zu teilen und entsprechende Lernprozesse anzustoßen, bislang nicht nach außen sichtbar. Zwar gibt es unterschiedlich institutionalisierte Formate des revierübergreifenden Austausches, strukturelle Betrachtungen im jeweiligen Landesvorgehen werden jedoch im Sinne einer hoheitlichen Aufgabe in diesen Formaten nicht offiziell the-

matisiert. Auch in diesem Zusammenhang ist eine von den Förderlogiken losgelöste prozessuale und themenbezogene Ebene des Austausches zwischen den Revieren wünschenswert.

Schnittstellen und Kooperationen befördern

Während die vertikale Vernetzung in den Landesstrukturentwicklungsgesellschaften klar öffentlichkeitswirksam dargestellt wird und gewisse Aspekte der horizontalen Vernetzungen erkennbar sind, ist nicht transparent nachvollziehbar, welche Anteile und Gewichtungen nichtstaatliche Akteure in den revierinternen Aushandlungen des Strukturwandels respektive der geschaffenen Institutionen haben. Aus der Analyse geht hervor, dass in allen Revieren eine Vielzahl an Akteuren in Diskussionsprozessen eingebunden ist. Unkonkret bleibt allerdings, inwiefern diesen auch obliegt, Entscheidungsfindungsprozesse in den entsprechenden Gremien zu beeinflussen.

Letztgenannte Erkenntnis kann u.a. auf die methodische Vorgehensweise der Untersuchung zurückgeführt werden, welche grundlegend bei öffentlich zugänglichen Dokumenten ansetzte. Es kann darüber keine abschließende Aussage hinsichtlich der Transparenz der Governance-Strukturen getroffen werden. Qualitative Erhebungsverfahren sind anzuschließen. Ungeachtet dessen bringt der Vergleich markante Unterschiede hinsichtlich der außenwirksamen Kommunikation der Akteursarbeit in den Revieren hervor. Insbesondere in den zwei länderübergreifend aufgespannten Revieren, dem Mitteldeutschen und dem Lausitzer Revier, gestaltete sich die Informationsbeschaffung durch zum Teil veraltete Inhalte und fehlende Tiefe der Informationen schwierig. Einfacher gestaltete sich die Recherche zum Rheinischen Revier, wo auf einer Website alle Informationen gebündelt aufzufinden sind. Die Herausforderung länderübergreifender Akteursstrukturen zeigt sich demnach auch deutlich in der Informationspolitik.

Ausblick und Fortsetzung der vergleichenden Betrachtung

Mit Blick auf die aktuellen Geschehnisse rund um die Themen „Energiewende“ und „Klimaschutz“ wird die Bedeutung der Entwicklungen in den Revieren im Strukturwandel auch im größeren Kontext deutlich. Der Strukturwandel in den Braunkohlerevieren umfasst nicht nur die Energiewende, den Wirtschaftswandel oder die Landschaftsbildveränderung, wie die regelmäßig verwendeten stereotypen Darstellungen suggerieren (Abb. 5).

Das wachsende zivilgesellschaftliche Interesse am Fortgang der Transformation macht nicht an Landesgrenzen halt. Die Proteste um die Abaggerung des Ortes Lützerath im Rheinischen Revier im Januar 2023 zeigen sehr deutlich, dass der Strukturwandel zwar administrativ auf Reviere begrenzt ist, das gesamtgesellschaftliche Interesse daran aber nicht an diesen Grenzen aufhört. So demonstrierten bundesweit Personen für den Erhalt des Ortes in Nordrhein-Westfalen.

Im Ergebnis der Betrachtung von Governance-Strukturen in den Braunkohlerevieren steht damit auch die Erkenntnis, dass die Themen Transparenz, Vermittlung und Austausch bislang zwar revierbezogen mitgedacht werden, eine revierübergreifende und damit gemeinsame Vorgehensweise aber im Gesamtzusammenhang derzeit nicht erkennbar ist.



Abb. 5: Strukturwandel im Lausitzer Revier (Kraftwerk Jämschwalde) / Quelle: Juliane Ribbeck-Lampel 2022

Literatur

- Altrock, U. (Hrsg.) (2012): Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance: Akteure – Strategien – Strukturen. Bielefeld.
- ANS – Allianz für nachhaltigen Strukturwandel e. V. i. G (2020): Allianz für nachhaltigen Strukturwandel. <https://www.ansev.de/newpage> (07.10.2022).
- ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (2022): Braunkohlenplanung, Strukturwandel und Kohleausstieg in Deutschland. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 135. https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospapier/pospapier_135.pdf (07.10.2022).
- Bezirksregierung Köln (Hrsg.) (2021): Fachbeitrag zur Neuaufstellung des Regionalplans der Bezirksregierung Köln – Einbindung des Rheinischen Reviers in die räumliche Entwicklung der gesamten Planungsregion Köln. Köln.
- BMI – Beirat für Raumentwicklung beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Nachhaltige Transformation in den Kohleregionen – Empfehlung des Beirats für Raumentwicklung beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) in der 19. Wahlperiode vom 9.4.2021. Berlin. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/raumordnung/beirat/nachhaltige-transformation.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (07.10.2022).
- Burgenlandkreis (2022): Kompass für Innovation und Wertschöpfung: Mitteldeutsches Revier veröffentlicht länderübergreifende Strukturwandel-Strategie. <https://www.burgenlandkreis.de/de/neue-seite-1643969845.html> (10.07.2023).
- Da Cruz, N. F.; Rode, P.; McQuarrie, M. (2019): New Urban Governance: A Review of Current Themes and Future Priorities. In: Urban Affairs 41 (1), 1-19.
- EMMD – Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH (2022): Revierkompass. Neue Wege für Innovation und Wertschöpfung. Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier. Leipzig. https://www.mitteldeutschland.com/wp-content/uploads/2022/06/strategiepapier_irmd_revierkompass.pdf (07.10.2022).
- Gailing, L. (2015): Energiewende als Mehrebenen-Governance. In: Nachrichten der ARL 45 (2), 7-10. <https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/nachrichten/2015-2/nachrichten-2015-2.pdf> (07.10.2022).

Gailing, L. (2018): Die räumliche Governance der Energiewende: Eine Systematisierung der relevanten Governance-Formen. In: Kühne, O.; Weber, F. (Hrsg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden, 75-90. DOI: 10.1007/978-3-658-19509-0_4

Gärtner, S. (2014): Präventiver Strukturwandel – Strukturpolitische Möglichkeiten für die Innovationsregion Rheinisches Revier. Gutachten an den Landtag Nordrhein-Westfalen. Gutachten im Auftrag des Parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienstes des Landtags Nordrhein-Westfalen.

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMI16-175.pdf> (07.10.2022).

Heer, S. (2020): Bürgerbeteiligung im Lausitzer Strukturwandel. Ziele und Ausgestaltung bürgerschaftlicher Teilhabe im Zuge des Braunkohleausstiegs. BMBF-Vorhaben „Transformationsprozess im Rahmen des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung in der sächsischen und brandenburgischen Lausitz“.

Dresden/Görlitz. = IZS Policy Briefs – Kompaktanalysen & Politikempfehlungen.

https://transformation-lausitz.ioer.eu/fileadmin/user_upload/transformation-lausitz/files/izs-policy-briefs/policy_brief_2_-_Analyse_der_Ziele_und_Ausgestaltungsmoeglichkeiten_buergerschaftlicher_Teilhabe_im_Lausitzer_Strukturwandel (01.09.2022).

Heinelt, H. (2004): Governance auf lokaler Ebene. In: Benz, A. (Hrsg.): Governance — Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden, 29–44.

Herberg, J.; Kamlage, J.-H.; Gabler, J.; Goerke, U.; Gürtler, K.; Haas, T.; Löw Beer, D.; Luh, V.; Knobbe, S.; Reiner mann, J.; Staemmler, J.; Venghaus, S. (2020): Partizipative Governance und nachhaltiger Strukturwandel. Zwischenstand und Handlungsmöglichkeiten in der Lausitz und im Rheinischen Revier. Potsdam.

ILB – Investitionsbank des Landes Brandenburg (2022): Wir fördern die Lausitz.

<https://www.ilb.de/de/wir-foerdern-die-lausitz/> (07.09.2022).

Initiative Buirer für Buir (2019): Koordinierungskreis Strukturwandel.

<https://revierperspektiven-rheinland.de/koordinierungskreis/> (07.10.2022).

IRM – Innovationsregion Mitteldeutschland (2019): Die Region beteiligen! – Innovationsregion Mitteldeutschland veröffentlicht Positionspapier zum Strukturstärkungsgesetz und zur Umsetzung durch Bund und Länder.

<https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/die-region-beteiligen-innovationsregion-mitteldeutschland-veroeffentlicht-positions-papier-zum-strukturstaerkungsgesetz-und-zur-umsetzung-durch-bund-und-laender/> (07.10.2022).

IRM – Innovationsregion Mitteldeutschland (2022a): Innovationsregion Mitteldeutschland – Partner.

<https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/innovationsregion/#partner> (07.10.2022).

IRM – Innovationsregion Mitteldeutschland (2022b): Unternehmen Revier.

<https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/unternehmen-revier/> (07.10.2022).

Kolde, L.; Wagner, O. (2021): Die Politische Ökonomie des Strukturwandels: Konzeptualisierung einer „Just transition“ im Rheinischen Braunkohlerevier. In: Momentum Quarterly – Zeitschrift für sozialen Fortschritt 10 (1), 48.

WSB – Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (2019): Abschlussbericht Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Berlin.

https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (07.10.2022).

Kreis Heinsberg (2018): Kreisausschuss – Beschlussvorlage – TOP Ö 6: Unmittelbare Beteiligung an der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR) hier: Umfirmierung der IRR zur Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH, Beitritt der Stadt Mönchengladbach sowie weitere Änderungen des Gesellschaftsvertrages.

https://sitzungsdienst.kreis-heinsberg.de/bi/vo0050.asp?__kvonr=1778 (07.10.2022).

Land Brandenburg (2020): Das Lausitzprogramm 2038. Prozesspapier zum Aufbau von Entscheidungs- und Begleitstrukturen im Transformationsprozess.

https://lausitz-brandenburg.de/wp-content/uploads/2020/09/Lausitzprogramm-2038_20200914.pdf (29.08.2023).

Lausitzrunde (2022): Das Bindeglied. „Bürger und Bürgernähe Transparenz und Verlässlichkeit“.

<https://www.lausitzrunde.com/> (07.09.2022).

Mayntz, R. (2009): Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung. Frankfurt, New York. = Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 62.

http://www.mpifg.de/pu/books_vz/2009/wz_rm_2009-1.asp.

Mayntz, R.; Scharpf, F. W. (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Mayntz, R.; Scharpf, F. W. (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Frankfurt a. M., 39-72.

- Menschner, U.** (2020): Kreis Görlitz tritt aus Wirtschaftsregion Lausitz aus. In: Lausitzer Rundschau, 09.10.2020.
<https://www.lr-online.de/lausitz/weisswasser/strukturwandel-kreis-goerlitz-tritt-aus-wirtschaftsregion-lausitz-aus-52219033.html> (29.08.2023).
- Noack, A.** (2022): Wo Neues entsteht. Eine Kurzbilanz zu ersten Strukturfördermaßnahmen in den Braunkohlerevieren. Bonn. = BBSR-Analysen KOMPAKT 07/2022.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2022/ak-07-2022-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (10.07.2023).
- Pierre, J.** (1999): Models of Urban Governance. In: Urban Affairs Review 34 (3), 372-396.
- Pierre, J.** (2005): Comparative Urban Governance. In: Urban Affairs Review 40 (4), 446-462.
- Raco, M.** (2020): Urban Governance. In: International Encyclopedia of Human Geography, 253-258. DOI:10.1016/B978-0-08-102295-5.10650-X (01.07.2023).
- Reitzenstein, A.; Popp, R.; Oei, P.-Y.; Brauers, H.; Stognief, N.; Kemfert, C.; Kurwan, J.; Wehnert, T.** (2021): Structural change in coal regions as a process of economic and social-ecological transition. Lessons learnt from structural change processes in Germany. Dessau-Roßlau. = Climate Change 33/2021.
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2022-01-04_cc_33-2021_lessons_learnt_from_structural_change_processes.pdf (13.10.2022).
- Ribbeck-Lampel, J.; Spohr, P.; Otto, A.** (2023): Revier ist nicht gleich Revier. Die Bedeutung von Raumstrukturen für die Transformation der Braunkohleregionen in Deutschland. Bonn.
<https://epflicht.ulb.uni-bonn.de/content/titleinfo/752837> (01.07.2023).
- SAS – Sächsische Agentur für Strukturentwicklung GmbH** (2022): Aufgaben.
<https://sas-sachsen.de/blog/> (13.10.2022).
- Scharpf, F. W.** (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen.
- Schmidt, C. M.** (2018): Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen. Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Essen.
- Schwab, C. M.** (2020): »Wir können Strukturwandel«. Der Strukturwandel hat in der sächsischen Lausitz ein Kompetenzzentrum bekommen. In: Wochen Kurier, 07.10.2020.
<https://www.wochenkurier.info/landkreis-goerlitz/artikel/wir-koennen-strukturwandel> (13.10.2022).
- SEP – Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, Stabsstelle „Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier“** (2021): Strukturentwicklungsprogramm – Mitteldeutsches Revier Sachsen-Anhalt.
https://strukturwandel.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Schulung/Strukturwandel/SEP/Strukturentwicklungsprogramm__Onlinefassung__barrierearm_pdf (07.10.2022).
- Vallentin, D.; Wehnert, T.; Schüle, R.; Mölter, H.** (2016): Strategische Ansätze für die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz. Was lässt sich aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und dem Rheinischen Revier lernen?
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:wup4-opus-69815> (09.09.2022).
- WRL – Wirtschaftsregion Lausitz** (2022): Wirtschaftsregion Lausitz: Regional- und Kommunalförderung.
<https://www.wirtschaftsregion-lausitz.de/kommunale-forderung/> (13.10.2022).
- ZRR – Zukunftsagentur Rheinisches Revier** (2019): Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Zukunftsrevier 1.0 (WSP 1.0).
https://www.rheinisches-revier.de/wp-content/uploads/2022/04/wsp_1-0_web-2.pdf (10.07.2023).
- ZRR – Zukunftsagentur Rheinisches Revier** (2021): Zukunft durch Partizipation – Bürgerbeteiligung im Rheinischen Revier. Was macht die Spurguppe?
<https://www.unser-zukunftsrevier.de/faq/was-macht-die-spurguppe> (07.10.2022).
- ZRR – Zukunftsagentur Rheinisches Revier** (2022): Zukunftsagentur – Über uns.
<https://www.rheinisches-revier.de/wer/zukunftsagentur/ueber-uns/> (07.10.2022).

Autorinnen

Dr. Juliane Ribbeck-Lampel ist Referentin für „Regionale Strukturpolitik, Raumentwicklungsförderung“ am Kompetenzzentrum Regionalentwicklung des BBSR. Zuvor war die promovierte Stadt- und Regionalplanerin in Lehre und Forschung am Fachgebiet Stadtmanagement der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) sowie in der kommunalen Beratung tätig. Am BBSR beschäftigt sie sich mit Themen integrierter Stadtentwicklungsplanung und raumbezogenen Fragen im Strukturwandel der Braunkohlereviere.

Gala Nettelblatt ist Referentin im Referat SR1 „Transformation“ im Kompetenzzentrum Regionalentwicklung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Sie ist Stadtforscherin mit einem interdisziplinären Hintergrund in Planungs- und Sozialwissenschaften und forscht zu Fragen der lokalen Demokratiestärkung im Strukturwandel und Governance der Transformation. Sie ist Redaktionsmitglied der Fachzeitschrift sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung.